



Boom ja, Crash nein

Immobilienpreise. Wer in Deutschlands Ballungsräumen eine Wohnung oder ein Haus kauft, muss immer tiefer in die Tasche greifen. Noch gibt es aber keine Anzeichen für eine spekulative Blase. Denn die Immobilien in der Bundesrepublik sind meist grundsolide finanziert.

Nur 0,6 Prozent Zinsen auf dem klassischen Sparbuch, das ist vielen Anlegern zu wenig. Sie suchen nach Alternativen – und investieren in Betongold. Andere wiederum nutzen

die niedrigen Zinsen, um einen Hypothekenkredit für den Erwerb eines Eigenheims aufzunehmen. Beides treibt die Nachfrage nach Immobilien – und somit die Preise.

Eine Standardeigentumswohnung kostet heute bundesweit im Schnitt 8,3 Prozent mehr als im Jahr 2010.

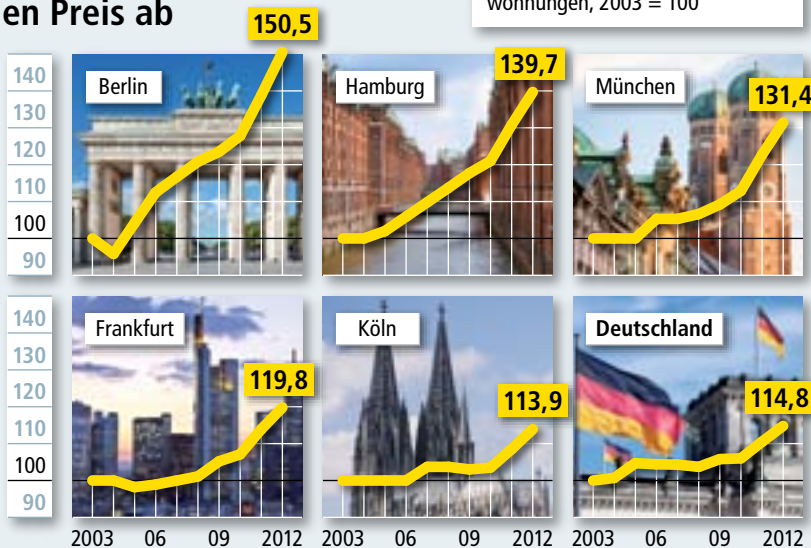
Diese Entwicklung weckt Befürchtungen, Deutschland drohe ein ähnliches Schicksal wie den USA, Großbritannien oder Spanien. Dort haben sich viele Bauherren übernommen. Sie hatten spekuliert, dass ihr Eigenheim immer weiter an Wert gewinnt und somit die Bedienung und Rückzahlung der Kredite kein Problem ist – ein Trugschluss, wie sich zeigte.

Entsteht gerade in Deutschland eine ähnliche Blase, die zu platzen droht? Eher nicht. Denn die Situation hierzulande unterscheidet sich doch ziemlich stark von den anglo-amerikanischen und südeuropäischen Verhältnissen.

Kräftige Preissprünge sind kein bundesweites Phänomen, sie konzentrieren sich vielmehr auf die Metropolen und Wachstumsregionen der Republik. Während beispielsweise in Magdeburg, Hamm, Saarbrücken und in vielen Landkreisen die Preise für Eigentums-

Immobilien: Berlin schießt den Preis ab

Quadratmeterpreise für Eigentumswohnungen, 2003 = 100



Quelle: vdpResearch – Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 23 · Fotos: Fotolia.com; MEV

Inhalt

Kroatien. Am 1. Juli tritt das Land der EU bei. Viele Arbeitslose, ein ineffizientes Sozialsystem und hohe Schulden prägen die Wirtschaft. Seite 3

Unternehmenskultur. Der 1. Deutsche Diversity-Tag macht sich für mehr Vielfalt stark. Zu Recht: „Bunte“ Betriebe sind erfolgreicher. Seite 4

Kinderbetreuung. Ab August haben in Deutschland Kinder unter drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Seite 5

Lebensversicherungen. Niedrigzinsen machen den Versicherern Probleme: Sie müssen für viele Policen vergleichsweise hohe Renditen zahlen. Seite 6-7

Betriebliche Weiterbildung. Mehr als zwei Drittel aller Fortbildungen entfallen auf Kurse und Seminare während der Arbeitszeit. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ wohnungen stagnieren oder sogar zurückgehen, sind sie in Berlin, München und Hamburg seit dem Jahr 2010 um rund 15 Prozent gestiegen (Grafik Seite 1).

In den Städten, die von den aktuellen Preissteigerungen betroffen sind, wohnen insgesamt rund 15 Millionen Einwohner – das ist weniger als ein Fünftel der Bevölkerung.

Dass in den angesagten Metropolen die Preise für Immobilien und in der Folge auch die Mieten steigen, ist gut erklärbar und hat nichts mit wilder Spekulation zu tun:

- **Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung.** Seit 2010 sind die Bruttolöhne in Deutschland um 8,9 Prozent und damit deutlich kräftiger als in den Jahren zuvor gestiegen. Folglich sind höhere Preise und Mieten auch langfristig zu verkraften. Außerdem haben die Metropolen vom jüngsten Beschäftigungsaufbau und der damit verbundenen höheren Kaufkraft profitiert.

Während bundesweit die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen dem dritten Quartal 2010 und dem dritten Quartal 2012

um etwa 4 Prozent gestiegen ist, lag der Zuwachs in München und Berlin bei 6 Prozent.

- **Wachstum der Städte.** Entgegen dem allgemeinen Trend einer schrumpfenden Bevölkerung wachsen die Metropolen laut verschiedenen Prognosen teilweise noch über das Jahr 2030 hinaus. Allein für München rechnet man in den kommenden 20 Jahren mit einem Einwohnerzuwachs von 15 Prozent.

Der Bedarf an Wohnraum steigt des weiteren auch durch den Zuzug von Migranten. Berlin beispielsweise wuchs deshalb 2011 um 24.000 Einwohner. Dem standen im gleichen Jahr nur 3.500 neue Wohnungen gegenüber.

Wohnen in der Stadt ist zudem wieder hip. Eltern mit Kindern schätzen die kurzen Wege zur Schule und die „jungen“ Senioren das Kulturangebot, das nun mal in Berlin größer ist als in Oranienburg. Auch die ärztliche Versorgung ist in der Stadt besser als auf dem Land.

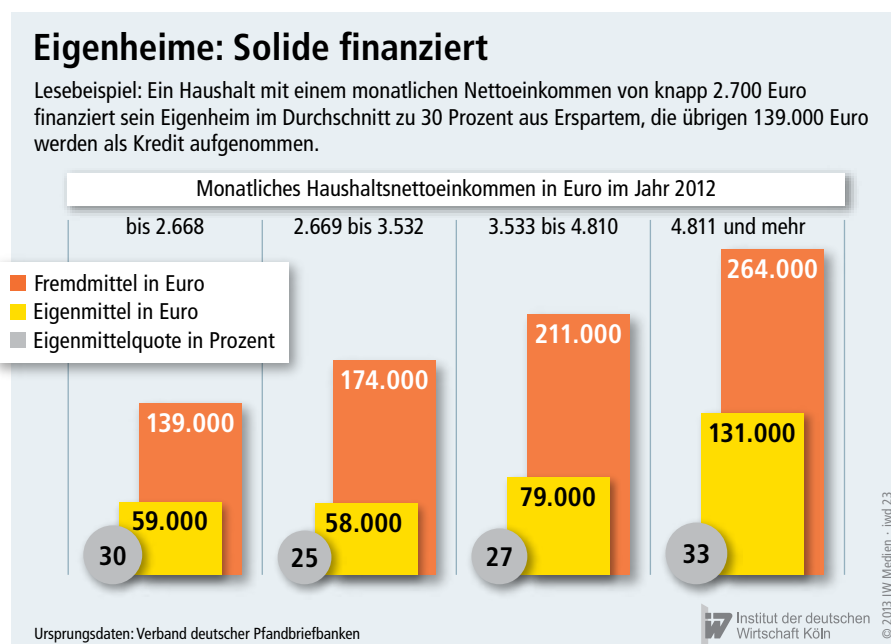
Diese Trends werden sich so schnell nicht umkehren – sie sind damit eine solide Basis für Investiti-

onsentscheidungen. Gegen eine Blase spricht auch die grundsätzliche Finanzierungskultur in Deutschland. Gerade in den USA und anderen Krisenstaaten hatten viele Menschen ohne Eigenkapital gebaut. Das Kreditvolumen hatte sich dort vor dem Platzen der Blase stark erhöht. In Spanien etwa wuchs es zwischen 2003 und Ende 2007 um 133 Prozent, in Irland um 152 Prozent.

In Deutschland dagegen hat das Kreditvolumen seit 2010 nur um 4 Prozent zugelegt. Die Fremdkapitalquote ist sogar von 80 Prozent im Herbst 2009 auf 78 Prozent im Frühjahr 2013 gesunken. Darüber hinaus finanzieren hierzulande gerade Haushalte mit niedrigerem Einkommen ihre Immobilie mit einem hohen Anteil an Erspartem (Grafik). In den USA dagegen hatten sich ausgerechnet diese Haushalte stark verschuldet.

Ein Absturz der Immobilienpreise ist also in Deutschland nicht zu erwarten – aber auch keine Preisrallye. Vielmehr wird sich die Situation mittelfristig entspannen, zumal in den Metropolen viel gebaut wird. Dabei sollten neue Bauflächen nicht nur in den Innenstädten ausgewiesen werden, sondern auch am Stadtrand. Neue Wohnhochhäuser sollten ebenfalls ins Kalkül gezogen werden. Damit Wohnraum bezahlbar bleibt, müssen große Städte auch in die Höhe wachsen.

Gänzlich kontraproduktiv wäre dagegen die immer wieder diskutierte Mietpreisbremse für Neuverträge. Das würde Investoren verschrecken und so die Wohnungsknappheit verschlimmern – und die Preise noch weiter nach oben klettern lassen.



Weitere Informationen:
www.iwkoeln.de/immobilienblase

EU-Nachwuchs mit großen Problemen

Kroatien. Am 1. Juli tritt Kroatien als 28. Land der Europäischen Union bei. Die Freude der Kroaten über die Mitgliedschaft dürfte die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten allerdings nur kurzzeitig überdecken.

Seit 2009 steckt Kroatien in einer Rezession – bis zum vergangenen Jahr schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um fast 11 Prozent. Selbst wenn man Kaufkraftunterschiede berücksichtigt, betrug die Wirtschaftsleistung je Einwohner im Jahr 2012 nur noch 58 Prozent des EU-Durchschnitts (Grafik). Eine rasche Besserung ist nicht zu erwarten:

Für das laufende Jahr rechnet die EU-Kommission mit einem erneuten Rückgang des kroatischen BIP um real 1 Prozent. Erst 2014 könnte es wieder ganz leicht bergauf gehen.

Die Wirtschaftskrise hat auch die Zahl der Arbeitslosen seit 2008 von 149.000 auf 272.000 steigen lassen – die Arbeitslosenquote erreichte 2012 fast 16 Prozent. Ebenso dramatisch ist die Lage der öffentlichen Finanzen – gemessen am BIP hat sich die Staatsverschuldung seit 2008 nahezu verdoppelt.

Nach Ansicht von Wirtschaftsexperten – etwa vom Internationalen Währungsfonds – sind diese Probleme zum großen Teil hausgemacht. So kommen Strukturreformen nur langsam voran, zum Beispiel werden staatliche Unternehmen nach wie vor zu zögerlich privatisiert. Zudem ist das Sozialsystem ineffizient: Im Gesundheitswesen gäbe es viel Rationalisierungsspielraum, und im Rentensystem ließe sich durch die

Einschränkung der Frühverrentung viel Geld sparen.

Auch die Bedingungen für Unternehmen sind nicht optimal, so trüben übermäßige Regulierungen, langwierige Genehmigungsverfahren und ein unsicherer rechtlicher Rahmen das Investitionsklima. Dies schlägt sich in der jüngsten Konjunkturumfrage der deutschen Außenhandelskammern nieder:

Drei Viertel der in Kroatien tätigen ausländischen Firmen sind mit der öffentlichen Verwaltung unzufrieden; zwei Drittel halten die Wirtschaftspolitik für kaum berechenbar.

Dagegen werden Qualifikation und Produktivität der Arbeitnehmer mehrheitlich positiv beurteilt.

Dass die Leistungsbilanz im vergangenen Jahr trotz der unbefriedigenden Standortbedingungen für Unternehmen fast ausgeglichen war, ist den Einnahmen aus dem Tourismus in Höhe von 6,1 Milliarden Euro zu verdanken.

Allein im Jahr 2012 reisten rund 10 Millionen ausländische Gäste an die kroatischen Strände und in die Städte – 4,5 Prozent mehr als 2011.

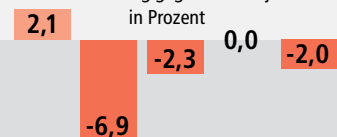
Im Warenhandel verbuchte Kroatien hingegen zuletzt ein Minus von rund 6 Milliarden Euro. Die Ausfuhren konzentrieren sich bislang stark auf eher grundlegende Güter wie chemische Erzeugnisse (etwa 17 Prozent), Erdölprodukte (17 Prozent) und Nahrungsmittel (10 Prozent). Insgesamt verkaufte Kroatien zuletzt 58 Prozent seiner Exportgüter an EU-Staaten – wobei Italien mit 15 Prozent und Deutschland mit 10 Prozent der gesamten Ausfuhren die wichtigsten Kunden waren.

Kroatien in Zahlen

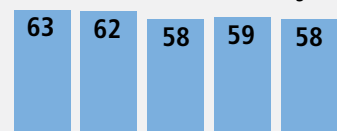


2008 2009 2010 2011 2012

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr



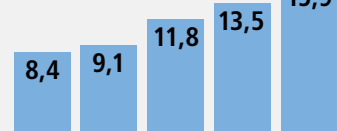
BIP je Einwohner, EU-27=100
um Kaufkraftunterschiede bereinigt



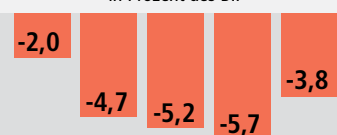
Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



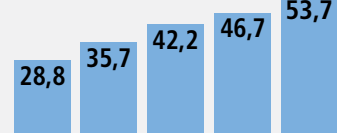
Arbeitslosenquote
in Prozent



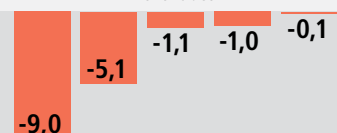
Haushaltssaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand
in Prozent des BIP



Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP



Der Unterschied macht's

Unternehmenskultur. Am 11. Juni 2013 wird der 1. Deutsche Diversity-Tag gefeiert. Zwar gibt es den Vielfaltsgedanken schon seit den 1960er Jahren, bislang sind in puncto Diversity Management aber fast nur Großunternehmen aktiv.

Wenn es um Diversity geht, denken viele erst mal an die Frauenquote. Zwar ist die Dimension „Geschlecht“ im Diversity Management ein wichtiges Thema. Allerdings gehört zu einer vielfältigen Belegschaft noch mehr. Weitere Dimensionen sind Alter, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Behinderung und Religion.

Die 30 DAX-Unternehmen nutzen nach einer Umfrage des Kölner Beratungsunternehmens Synergy Consult bereits heute die Vorteile,

die eine vielfältige Belegschaft mit sich bringt. So stellen 25 von ihnen extra einen Mitarbeiter ab, der sich um die Strategien und Maßnahmen zur Förderung der kulturellen Vielfalt kümmert.

In den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist das Diversity Management dagegen noch nicht richtig angekommen. Denn das Alltagsgeschäft der KMU bindet meist den Großteil ihrer eher begrenzten Ressourcen. Doch schon mit kleinen Maßnahmen lässt sich in Sachen Diversity bereits viel erreichen. So können sie zum Beispiel mit Stellenausschreibungen eine möglichst breite Gruppe an Bewerbern ansprechen und die Stelle objektiv nach den geforderten Kompetenzen besetzen.

Dass Unternehmen sich der personellen Vielfalt noch mehr öffnen

Erster Diversity-Tag in Deutschland

„Vielfalt unternehmen“ ist das Motto des 1. Diversity-Tags in Deutschland, den der Verein Charta der Vielfalt ausgerufen hat. Neben der zentralen Veranstaltung in Berlin gibt es bundesweit Aktionen zum Thema Vielfalt. Mitmachen können alle Unternehmen, die Diversity bereits umsetzen oder sich dafür öffnen wollen. Die Unternehmen können an diesem Tag außerdem die „Charta der Vielfalt“ unterschreiben. Diese Initiative gibt es seit 2006 und wird bereits von 1.350 Unternehmen und öffentlichen Einrichtung unterstützt – darunter von 24 Dax-Konzernen. Insgesamt arbeiten in Deutschland sechs Millionen Menschen in Firmen, die die Charta unterzeichnet haben. Mit der Initiative soll der Vielfaltsgedanke in Wirtschaft und Gesellschaft verankert werden.

www.charta-der-vielfalt.de/diversity-tag

sollten, zeigt eine Befragung des Eurobarometers (Grafik):

Lediglich die Hälfte der EU-Bürger ist der Meinung, dass in den Themenfeldern Alter und Geschlecht an ihrem Arbeitsplatz genug getan wird, um die Idee der Diversity vollständig umzusetzen.

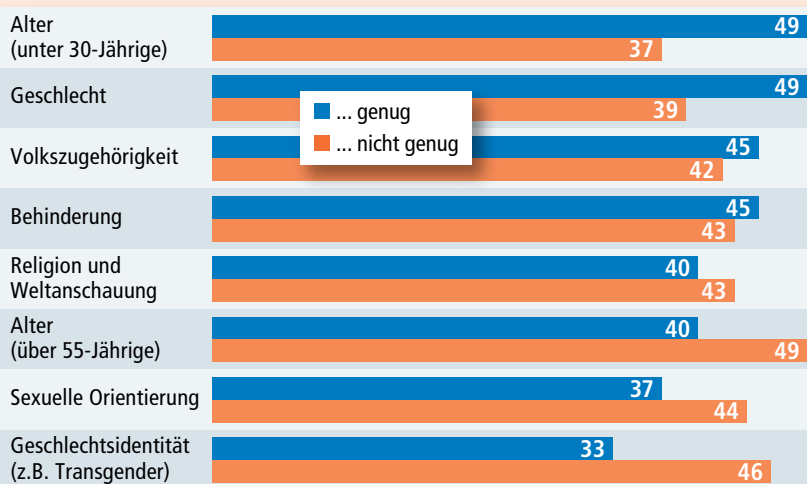
Zwar lässt sich der Erfolg eines Diversity Managements nur schwer messen. Ein Vergleich der Unternehmensberatung McKinsey zeigt aber, dass die Eigenkapitalrendite von Großunternehmen mit einem möglichst „bunten“ Vorstand – Männer, Frauen, Alte, Junge, Deutsche, Ausländer – um die Hälfte höher ist als in anderen Betrieben.

Weitere Informationen sowie konkrete Handlungsempfehlungen für kleine und mittlere Unternehmen gibt es unter: www.fachkraeftesichern.de

Vielfalt am Arbeitsplatz

Bezogen auf die Arbeitswelt steht der Begriff Diversity für die Vielfalt der Belegschaft. Das heißt, dass die Menschen in einer Organisation zum Beispiel nicht aufgrund ihres Alters, ihrer ethnischen Herkunft oder ihres Geschlechts diskriminiert werden sollen.

So viel Prozent der EU-Bürger gaben an, dass an ihrem Arbeitsplatz ... getan wird, um Diversity mit Blick auf diese Bereiche zu fördern



Rest zu 100: „weiß nicht“ oder „Diversity muss nicht gefördert werden“; Stand: Juni 2012; Quelle: Eurobarometer

Der Kampf um die Krippen

Kinderbetreuung. Ab August können Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder unter drei Jahren einklagen. Wie viele Plätze in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern derzeit tatsächlich noch fehlen, weiß niemand.

Es ist ein bisschen so wie beim Roulette: Keiner weiß, welche Zahl als Nächstes kommt. So ähnlich muss sich auch Kristina Schröder fühlen. Denn selbst die Bundesfamilienministerin kann nicht verlässlich sagen, wie viele Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren aktuell in Deutschland fehlen. Das ist insofern ungünstig, weil ab August 2013 für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf eine Betreuung außerhalb des Elternhauses besteht. Bislang gibt es diesen Anspruch nur für Kinder ab dem dritten Lebensjahr.

Dabei sind durchaus Zahlen zum Thema im Umlauf:

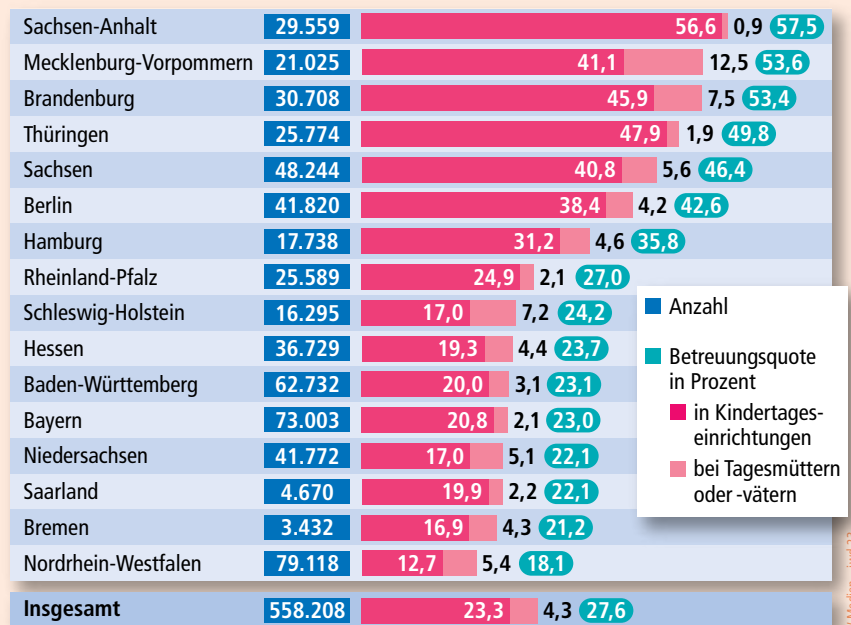
Das Deutsche Jugendinstitut geht davon aus, dass es derzeit einen Bedarf von 780.000 Betreuungsplätzen für unter Dreijährige gibt.

Anfang März 2012 – aktuellere Zahlen kann das Statistische Bundesamt frühestens im Juli nennen – wurden bundesweit aber erst knapp 560.000 Kleinkinder in die Obhut einer öffentlich geförderten Kita, Krippe oder Tagesmutter gegeben (Grafik). Unterm Strich blieben demnach mehr als 220.000 Kinder übrig, deren Eltern keinen Betreuungsplatz gefunden haben.

Diese Zahl ist allerdings längst überholt. Denn die Kommunen und Gemeinden, die die Kita- und Krippenplätze bereitstellen müssen, un-

Kita, Krippe, Tagesmutter

Betreute Kinder unter drei Jahren im Jahr 2012



Stand: 1. März 2012; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 23

ternehmen laut Bundesfamilienministerium zurzeit „enorme Ausbaustrebungen“. Deshalb ging der Deutsche Städte- und Gemeindebund im April 2013 nur noch von rund 100.000 fehlenden Plätzen für die Kleinsten aus.

Bleibt eine dritte, noch optimistischere Einschätzung: Der Deutsche Landkreistag kommt momentan auf 11.700 fehlende Plätze für unter Dreijährige in seinem Gebiet, das allerdings nur 57 Prozent der Bevölkerung erfasst. Um diese nahezu vollständige Kleinkindversorgung zu erreichen, werden 43 Prozent der Landkreise sogenannte temporäre Übergangslösungen ergreifen – zum Beispiel größere Gruppen in den Kindertagesstätten zulassen.

In den meisten Städten ist die Lage deutlich angespannter. In München etwa wünschen sich mehr als 60 Prozent der Eltern mit Kindern zwischen null und drei Jahren eine Betreuung für ihren Nachwuchs, tatsächlich gibt es mit rund 16.000 öffentlich geförderten Plätzen

für unter Dreijährige aktuell aber nur eine Versorgung für 39 Prozent.

Viele Eltern kehren angesichts des Betreuungsnotstands auf eine altbewährte Institution zurück: die Großeltern. So hat das Deutsche Jugendinstitut festgestellt, dass Großmütter und -väter für Kinder im Krippen- und Kindergartenalter heute nach den Eltern und institutionellen Organisationen die dritt wichtigste Betreuungsinstanz sind: Fast jedes dritte Kind dieser Altersgruppe wird mindestens einmal pro Woche von Oma oder Opa umsorgt.

Doch auch wenn noch immer viele Betreuungsplätze fehlen – das Personal ist jetzt schon knapp. Die bayerische Landeshauptstadt zum Beispiel streckt ihre Fühler schon länger über die Stadtgrenzen hinaus aus. In Augsburg etwa sucht sie per Zeitungsanzeigen nach Erzieherinnen und macht ihnen den Umzug schmackhaft: mit einer Münchenzulage, mit unbefristeten Arbeitsverträgen – und mit Hilfe bei der Suche nach einer Kinderbetreuung.

In der Zinsfalle

Lebensversicherungen. Die derzeit niedrigen Zinsen machen den Versicherungsunternehmen schwer zu schaffen. Denn die hohen Renditen, die sie ihren Kunden in den 1990er Jahren versprochen haben, müssen sie jetzt an einem Kapitalmarkt erwirtschaften, der nur noch wenig hergibt.

Die Deutschen stecken ihr Geld besonders gerne in Lebensversicherungen (Kasten). Insgesamt besitzen sie mehr als 94 Millionen Lebensversicherungspolice im Gesamtwert von 750 Milliarden Euro. Rein rechnerisch verfügt also jeder Bundesbürger mindestens über eine Lebensversicherung.

Doch was den Versicherten eigentlich ein Gefühl der Sicherheit geben sollte, macht mittlerweile Sorgen. Denn wegen der anhaltenden Niedrigzinsen am Kapitalmarkt werfen die Versicherungspolice immer weniger Rendite ab.

Bei einer klassischen Lebensversicherung investiert das Versicherungsunternehmen die Prämien der Versicherten am Kapitalmarkt – langfristig, in der Regel in sichere Staatsanleihen. Anders als bei Investmentfonds zählt bei Versicherungen das Kollektiv, das heißt, Gewinne und Verluste werden auf alle Sparer umverteilt, um stabile Renditen aus Garantiezins und Überschussbeteiligung zu erzielen (Kasten Seite 7).

Die Höhe des Garantiezins wird vom Bundesministerium der Finanzen festgelegt, die Höhe der Überschuss-

Was ist eine Lebensversicherung?

Eine Lebensversicherung sichert bestimmte Lebensrisiken ab – meist in Form einer Risiko- oder Kapitallebensversicherung. Eine Risikolebensversicherung greift nur im Todesfall. Wenn der Versicherte innerhalb des Versicherungszeitraums stirbt, wird dem Begünstigten seiner Versicherung eine vereinbarte Summe ausgezahlt. Bei einer Kapitallebensversicherung – auch Erlebensfallversicherung genannt – bekommt der Versicherte dagegen eine bestimmte Summe entweder auf einen Schlag ausbezahlt oder als lebenslange Rente, wenn er ein vereinbartes Alter erreicht. Kapitallebensversicherungen gelten als private Altersvorsorge.

beteiligung ergibt sich aus dem Anlageerfolg der Versicherungsgesellschaften.

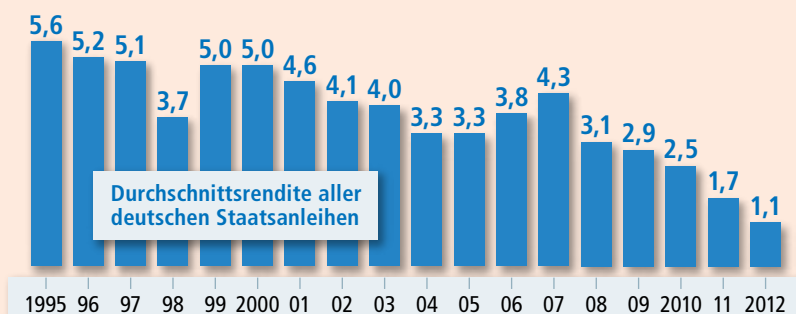
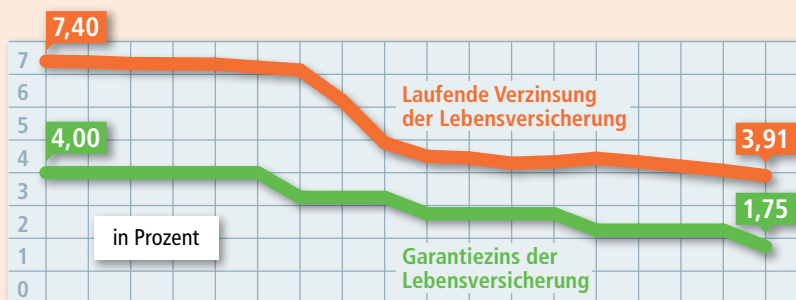
Der Garantiezins darf 60 Prozent der Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen nicht überschreiten – das ist die durchschnittliche Rendite all jener Staatsanleihen, die sich gerade im wirtschaftlichen Kreislauf befinden. Durch diese Deckelung soll verhindert werden, dass die Versicherungen Kunden mit Renditeversprechen locken, die sie am Ende nicht einhalten können.

Genau das ist nun jedoch passiert – allerdings nicht aufgrund überzogener Zinsversprechen der Versicherer, sondern infolge der historisch niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt (Grafik):

In der Hochzinsphase von 1994 bis 2000 galt noch ein Garantiezins von 4 Prozent bis zum Laufzeitende der Policen. Diese 4 Prozent müssen jetzt mit Kapitalmarktzinsen von 1,1 Prozent erwirtschaftet werden.

Solange die Versicherungsunternehmen noch ältere Anleihen mit höheren Coupons in ihren Bilanzen

Lebensversicherungen lohnen weniger



Garantiezins der Lebensversicherung: gilt für Neuverträge, wird vom Bundesministerium der Finanzen festgelegt, orientiert sich an der Durchschnittsrendite deutscher Staatsanleihen; laufende Verzinsung der Lebensversicherungen: wird von der Versicherungsgesellschaft festgelegt, ergibt sich aus deren Gewinnen
Quellen: Bundesbank, Assekurata, Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft, Statista

haben, können sie die Niedrigzinsphase gut überstehen. Bleiben die Zinsen auf Staatsanleihen allerdings für längere Zeit auf niedrigem Niveau, dann müssen die Versicherungsunternehmen nach Alternativen suchen.

Grundsätzlich bieten sich Aktien, Immobilien oder Infrastrukturprojekte wie der Ausbau des Stromnetzes als Anlagealternativen an. Allerdings schwanken die Kurse von Aktien stärker als die von Staatsanleihen, und Immobilien sowie Infrastrukturprojekte bieten weniger Liquidität – die Versicherungsunternehmen müssen hier mehr Eigenkapital vorhalten, was besonders bei kleineren Versicherern zu Schwierigkeiten führen kann.

Noch können die Versicherer die niedrigen Kapitalmarktzinsen über die Bewertungsreserven ausgleichen.

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlage über dem ursprünglichen Kaufpreis liegt. Seit 2008 müssen diese Reserven als Schlussüberschuss an die Versicherten ausgezahlt werden. Davon profitieren aktuell aber nur die Kunden, die ihre Policen jetzt ausgezahlt bekommen – für die übrigen Versicherten werden diese Überschüsse kleiner ausfallen.

Denn bei dauerhaft niedrigen Zinsen sind die Bewertungsreserven niedriger, da weitere Zinssenkungen unwahrscheinlich sind. Damit fallen dann auch die Schlussüberschüsse kleiner aus.

So ergibt sich die Gesamtverzinsung einer Lebensversicherung

Garantiezins. Wird vom Bundesministerium der Finanzen festgelegt und darf 60 Prozent der langfristigen Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen nicht überschreiten. Derzeit beträgt der Garantiezins 1,75 Prozent.

Überschussbeteiligung. Die Überschüsse der Versicherung aus dem laufenden Versicherungsgeschäft werden jährlich an die Versicherten ausgeschüttet.

Schlussüberschuss. Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven zum Vertragsende. Bewertungsreserven ergeben sich, wenn die Kurse von Staatsanleihen über ihrem ursprünglichen Ausgabekurs liegen.

Noch längst nicht ausgereizt

Stille Reserve. Das Thema Fachkräftemangel ist allgegenwärtig. Eine Möglichkeit, die Lücke zu füllen, wurde bisher allerdings ausgeblendet: die sogenannte stille Reserve. Das sind Personen, die weder erwerbstätig noch arbeitslos gemeldet sind, unter bestimmten Umständen aber bereit wären zu arbeiten.

Die Rechnung im Einzelnen (Grafik): Im Jahr 2011 waren über 12 Millionen Bun-

desbürger im Alter von 15 bis 64 Jahren nicht erwerbstätig. Oft handelt es sich dabei um Schüler oder Studenten, aber auch um Frührentner, Hausfrauen und Hausmänner.

Immerhin 2,8 Millionen der stillen Reservisten wollen lieber heute als morgen wieder berufstätig sein – aktiv nach Arbeit suchen allerdings nur 1,1 Millionen Bundesbürger.

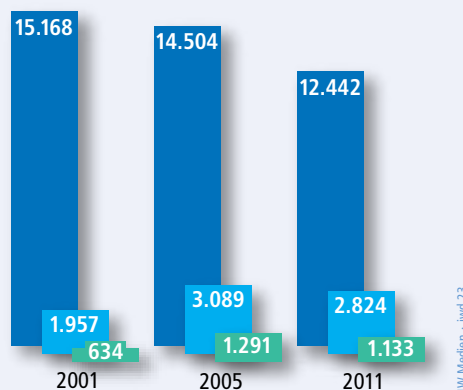
Warum viele Jobinteressenten nicht in die Pötte kommen, lässt sich immerhin mutmaßen:

- Drei Viertel der Menschen, die zur stillen Reserve zählen, sind Frauen – insgesamt 2,04 Millionen. Fast die Hälfte der Nichterwerbstätigen hat minderjährige Kinder, die betreut werden müssen. Wer diese Gruppe ins Arbeitsleben integrieren möchte, kommt also am Thema institutionelle Kinderbetreuung nicht vorbei.
- Vier von zehn arbeitswilligen Nichterwerbstätigen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung – unter den Erwerbstätigen sind es dagegen nur 12 Prozent. Ohne Weiterbildung geht hier in Zeiten des Fachkräftemangels wenig. Wenn es letztlich aber gelingen würde, alle 2,8 Millionen Reservisten ins Arbeitsleben zu integrieren, würde das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen im Jahr um 5 Prozent zunehmen – und das ist nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dabei ist schon berücksichtigt, dass 53 Prozent der Rückkehrwilligen allenfalls Teilzeit arbeiten wollen.

Die stille Reserve: Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial

in 1.000

- Nichterwerbstätige Bundesbürger im Alter von 15 bis 64 Jahren
- davon wollen so viele wahrscheinlich oder sicher sofort oder innerhalb des kommenden Jahres erwerbstätig werden (= stille Reserve)
- davon sind so viele sofort verfügbar und haben in den letzten vier Wochen aktiv nach einer Stelle gesucht



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Sozio-oekonomisches Panel

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 23

Büffeln für den Beruf

Betriebliche Weiterbildung. Die Lust am Lernen im Erwachsenenalter ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Dabei gilt: Je höher der Berufsabschluss, desto größer die Ambitionen, sich weiterzubilden.

Chinesisch büffeln, Präsentationstechniken verfeinern oder Excel-Kenntnisse vertiefen: Der Erwerb von Zusatzqualifikationen ist Trend. So hat sich 2012 jeder zweite Erwachsene in Deutschland weitergebildet – so viele wie noch nie. Dies geht aus dem Adult Education Survey hervor, der die Weiterbildungsambitionen in der Bundesrepublik seit 1979 ermittelt. Die Weiterbildungsaktivitäten werden dabei folgendermaßen unterschieden:

- Auf die **nicht-berufsbezogene private Weiterbildung** entfielen im Jahr 2012 rund 18 Prozent aller Lernveranstaltungen.
- Die **individuelle berufsbezogene Weiterbildung** machte zuletzt 13 Pro-

Betriebliche Weiterbildung

So viel Prozent der Befragten haben 2012 an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen, die komplett oder teilweise während der Arbeitszeit stattfanden und vom Arbeitgeber finanziert wurden

Nach Qualifikation	
Kein Berufsabschluss	18
Lehre/Berufsabschluss	33
Meister/Fachschule	53
(Fach-)Hochschule	51

Nach Erwerbsstatus	
Erwerbstätige	46
Arbeitslose	6
Nichterwerbstätige	7

Nach Unternehmensgröße	
1 bis 10 Beschäftigte	36
11 bis 19 Beschäftigte	42
20 bis 49 Beschäftigte	48
50 bis 249 Beschäftigte	56
250 bis 999 Beschäftigte	57
1.000 und mehr Beschäftigte	63

Arbeitslose, Nichterwerbstätige: waren zum Zeitpunkt der Weiterbildung erwerbstätig, zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr; Quelle: Adult Education Survey

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 iw Medien - iw 23

zent aller Weiterbildungsmaßnahmen aus. Dazu zählen alle Aktivitäten, die zwar berufliche Gründe haben, aber weder während der Arbeitszeit erfolgen noch vom Arbeitgeber finanziert werden.

• Die **betriebliche Weiterbildung** schließlich umfasst Kurse und Seminare, die komplett oder teilweise während der Arbeitszeit stattfinden und vom Arbeitgeber finanziert werden. Auch das gezielte Lernen am Arbeitsplatz – etwa das Einweisen durch Kollegen und Vorgesetzte – zählt dazu. Die betriebliche Weiterbildung ist mit 69 Prozent aller Weiterbildungsaktivitäten das größte Segment.

Doch obwohl die betriebliche Weiterbildung am weitesten verbre-

tet ist, begeistern sich nicht alle gleich stark für sie (Grafik):

Je höher der berufliche Abschluss, desto eher nehmen Personen an betrieblicher Weiterbildung teil.

So qualifizierten sich zuletzt nur 18 Prozent der Personen ohne Berufsabschluss weiter, wohingegen 53 Prozent der Meister und Fachschulabsolventen für den Beruf büffelten.

Auch die Unternehmensgröße hat Einfluss auf die Fortbildungsaktivitäten. Je größer das Unternehmen, desto größer das Engagement: So beteiligen sich in Betrieben mit bis zu zehn Beschäftigten nur 36 Prozent der Belegschaft an betrieblicher Weiterbildung, in großen Betrieben mit 1.000 und mehr Mitarbeitern sind es 63 Prozent.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.